



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 21. Oktober 2022 |

Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

der Begriff und das Institut der „Richtlinienkompetenz“ eines Bundeskanzlers stand im Fokus der dieswöchigen Berichterstattung und politischen Debatten. Auslöser dieser thematischen Präsenz war die Entscheidung von Bundeskanzler Olaf Scholz, gemäß § 1 der Geschäftsordnung der Bundesregierung seine zuständigen Fachminister (Umweltministerin sowie die Streit-Minister Lindner und Habeck) Hausaufgaben aufzugeben. Diese bestehen in der Erarbeitung einer gesetzlichen Grundlage für den Weiterbetrieb der drei Atomkraftwerke Isar 2, Neckarwestheim 2 sowie Emsland „längstens“ bis zum 15. April 2023.

Ich kann der Entscheidung des Kanzlers jedenfalls darin etwas Gutes abgewinnen, als dass sie den Konflikt zwischen den Ministern Habeck und Lindner beendet und damit den inakzeptablen Stillstand während einer der größten Krisen in der Geschichte unseres Landes überwindet.

Aber: In der Sache halte ich den Entschluss für unzureichend und kurzsichtig, denn vor dem Hintergrund der Projektionen für Energieversorgungssituation im Winter des nächsten Jahres sowie der allgemeinen ökonomischen Lage des Landes wäre ein Signal erforderlich gewesen, dass Planungssicherheit für die nächsten zwei Jahre vermittelt.

Mit gewisser Verwunderung entnehme ich, welchen falschen Zungenschlag diese Debatte insbesondere in Reihen der Grünen-Bundestagsfraktion bekommt. Aus deren Perspektive mag es ärgerlich sein, dass der Kanzler seine Entscheidung nur einen Tag nach dem Parteitagswochenende verkündet. Abgesehen davon, dass sich in diesem Vorgang der derzeitige Zustand über die Arbeitsfähigkeit dieser Koalition widerspiegelt, halte ich die zu Protokoll gegebenen Befindlichkeiten der Grünen in der Lage, in der sich Menschen und Unternehmen in unserem Land befinden, für unangemessen. Meine Fraktion wird jedenfalls mit Engagement und aus Überzeugung den Hinweis geben, dass es nicht um Parteipolitische Seelenpflege oder Koalitionsbinnenebenen gehen kann, sondern um das Wohl des Landes und unsere energiebezogene, wirtschaftliche und politische Resilienz. Das ist nicht der einzige Dissens: Leider stellen wir fest, dass insbesondere die Grünen bei einem Vorhaben des sinnvollen ökonomischen Schulterschlusses des Westens auch quer im Stall steht: Dem Freihandelsabkommen Ceta mit Kanada. Dieser Winter bleibt reich an Streitpunkten mit dieser Koalition – wir werden uns argumentativ und sachorientiert beteiligen.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe

- Energie, Rohstoffe und Fachkräftelage in Deutschland
- Kein Blankoscheck für „Doppelwumms“!
- Neun Schulklassen aus Hochtaunus im Deutschen Bundestag

Energie, Rohstoffe und Fachkräfte in Deutschland

Im Zeitalter der multiplen Krisen spüren wir die Auswirkungen unmittelbar. Die Corona-Infektionszahlen steigen stark an und machen aus meiner Sicht erforderlich, über verhältnismäßige und alltagstauglich Maßnahmen wie eine Ausweitung der Maskenpflicht zu diskutieren. Zeitgleich spüren wir kriegs- und inflationsbedingt die Auswirkungen auf unser tägliches Leben, vor allem in den Bereichen Energie, Rohstoffe und Fachkräfte. Diese drei Bereiche werden mit von Mittelständlern sowie Verantwortlichen aus der Industrie in meinem Wahlkreis als besondere Problemstellen benannt. Für die deutsche Volkswirtschaft ist eine zuverlässige und sichere Versorgung mit Rohstoffen von größter Bedeutung. Insbesondere bei Energierohstoffen und Metallen ist die deutsche Wirtschaft in weiten Teilen fast vollständig abhängig vom Ausland. Nicht nur in Hochtaunus und Oberlahn, sondern im gesamten Staat hinaus beobachten wir, wie die sichere Rohstoffversorgung deutscher Unternehmen ins Wanken geraten ist. Angesichts dieser haben wir die Regierung seit Monaten aufgefordert, den Weiterbetrieb der drei in Betrieb befindlichen Atomkraftwerke für einen Übergangszeitraum zu ermöglichen. Aber Rohstoffe und Energie müssen zwangsläufig mit einer Deckung

des Personalbedarfs in den Unternehmen einhergehen, denn mittlerweile gibt es einen gesamtwirtschaftlichen Arbeitskräftemangel, der über den mangelberufsspezifischen Fachkräftemangel hinaus geht. Dem setzt diese Regierungskoalition leider nur einen ökonomischen Fehlanreiz in Form des Bürgergelds entgegen, das nicht nur wir, sondern auch der Bundesrechnungshof mit deutlichen Worten kritisiert hat.

Standpunkte: *Mit immerhin 6% der deutschen Bruttostromerzeugung stehen diese drei AKW für einen größeren Beitrag als beispielsweise Wind auf See. Zwar wird sich dieser Anteil während des Streckenbetriebs, der eine Weiternutzung auf etwa 75% der Kapazität ermöglicht, den Beitrag auf 4% der gesamten deutschen Stromproduktion reduzieren. Aber es wird den Preisdruck und die Knappheitslage abzumildern helfen. Anders als die Grünen es darstellen, handelt es sich um eine übergreifende Energiekrise, die nicht nur auf eine mögliche Gasmangellage reduziert werden kann.*

Im Rohstoffbereich hingegen fordern wir die Bundesregierung auf, eine Rohstoffstrategie vorzulegen, die Fragen nach noch nicht erschlossenen Rohstoffvorkommen, der geographischen Verteilung existierender Abbaustätten, der Kontrolle von Lagerstätten, nach Verarbeitungskapazitäten und Lieferwegen ganzheitlich in den Blick nimmt. Mit dem Bürgergeld-Gesetz verabschiedet sich die Ampel-Koalition von dem Grundsatz

„Fordern und Fördern“ in der Arbeitsmarktpolitik. Die sechsmonatige „Vertrauenszeit“ (ohne Möglichkeit der Leistungsminderung wegen Pflichtverletzung) in Verbindung mit einer zweijährigen Karenzzeit für die Prüfung der Angemessenheit von Wohn- und Heizkosten sowie mit hohen Freigrenzen bei vorhandenem Vermögen (bis 60.000 Euro für einen alleinstehenden Leistungsberechtigten) setzt einen Anreiz zum „Einrichten im Bürgergeld“. Dies ist gerade in Zeiten des Arbeitskräftemangels ein schwerer arbeitsmarktpolitischer Fehler.

Kein Blankoscheck für „Doppelwumms“!

Die Ampelkoalition hat in dieser Woche mit einem Gesetzesentwurf eine Reaktivierung und Neuausrichtung des in Corona-Zeiten eingerichteten Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) durch den Bundestag gebracht. Dieser „Doppelwumms“ soll für 2022 mit einer Kreditermächtigung von 200 Mrd. EUR ausgestattet werden. Für diese zusätzliche Überschreitung der Kreditobergrenze soll die Schuldenbremse außer Kraft gesetzt werden.

Standpunkt: Die Ampel zäumt mit dem vorliegenden Gesetzentwurf das Pferd von hinten auf: Bevor klar ist, welche Maßnahmen konkret geplant sind und was sie kosten, wurden 200 Mrd. EUR ins Schaufen-

ter gestellt. Der gewählte Finanzierungsweg widerspricht einer soliden Haushaltspolitik. Vielmehr hält die Ampel an ihrer Strategie fest, in Krisenjahren übermäßige Haushaltspolster anzulegen. An der Verfassungsmäßigkeit dieses Vorgehens bestehen erhebliche Zweifel. Aus diesem Grund haben meine Fraktion und ich diesem Gesetz die Zustimmung verweigert.

Grüner Wasserstoff aus Afrika?

Mit einer spannenden Thematik hat sich der Arbeitskreis Afrika der CDU/CSU-Fraktion in dieser Doppelsitzungswoche auseinandergesetzt. Zu Gast war die Firma ENERTRAG, die in Namibia grünen Wasserstoff produzieren will. Seit August 2021 besteht eine Wasserstoff-Partnerschaft zwischen Deutschland und Namibia – hiermit sollen deutsch-namibische Pilotprojekte gefördert und mit Stipendienprogrammen für namibische Studierende der Aufbau und Austausch von Fachwissen gefördert werden.



Mit Wasserstoff als Schlüsselement der Energiewende lassen sich Industrie sowie Flug- und Schwerlastverkehr, die schwierig zu elektrifizieren sind, klimafreundlich gestalten. Zusätzliche politische Bedeutung gewinnt Wasserstoff aktuell mit Blick auf die Abhängigkeit Deutschlands von russischem Erdgas, das langfristig durch Wasserstoff ersetzt werden kann.

Als Laudator beim Innovationspreis im Einsatz

Eine besondere Freude war es mir in der vergangenen Woche beim Innovationspreis der deutschen Gaswirtschaft als Laudator zu sprechen. Dabei durfte ich ein Kooperationsprojekt der Firma Kawasaki u.a. mit der RWTH und FH Aachen in der Kategorie „Effiziente Anwendungstechnik“ auszeichnen.



Die Kawasaki Gas Turbine Europe GmbH ist ein Tochterunternehmen des bekannten japanischen Kawasaki-Konzerns mit Sitz in Bad Homburg. Seit 1975 plant, produziert, installiert und

wartet Kawasaki Gasturbinen in Europa. Herzlichen Glückwunsch an Kawasaki und allen weiteren Gewinnern des Innovationspreises.

Spannende Hintergrundgespräche mit indischen und ukrainischen Journalisten

Am Rande des Plenums hatte ich erneut die Gelegenheit mit spannenden Gesprächspartnern zusammenzutreffen.

Mit Pramath Pal Chaudhuri, der als Auslandskorrespondent der Hindustan Times und Berater der indischen Regierung für nationale Sicherheitsfragen arbeitet, konnte ich mich über die ausbalancierte Haltung Indiens in Bezug auf den russischen Angriffskrieg in der Ukraine austauschen. Ich habe meine Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass Indien als größte Demokratie der Welt seine Position hier überdenkt, auch wenn ich mir der vielfältigen Verflechtungen zwischen Neu-Delhi und Moskau bewusst bin.



Mit dem ukrainischen Journalisten Taras Mokliak habe ich ein Hintergrundgespräch zur deutschen Unterstützung für die Ukraine und mögliche Reaktionen auf hybride Bedrohungen durch Russland geführt. Mein Standpunkt ist klar: Deutschland muss über das derzeitige Maß hinaus die Ukraine militärisch gegen Russland unterstützen. Gleichzeitig müssen wir auch dafür sorgen, dass unsere kritische Infrastruktur noch besser geschützt wird.



Neun Schulklassen in einer Woche

Eine willkommene Abwechslung zum Sitzungsalltag sind für mich stets die Gespräche mit Schülergruppen aus meinem Wahlkreis.

Besonders intensiv waren sie in dieser Woche, als alleine neun Schulklassen aus Friedrichsdorf, Oberursel und Weilburg den Deutschen Bundestag besuchten.

Neben dem obligatorischen Besuch der Plenarsitzung und einem anschließenden Rundgang auf der Kuppel konnten die Schülerinnen und Schüler die Gelegenheit nutzen, mir ihre Fragen zu stellen und ihre Anregungen mitzugeben.

Des Weiteren konnte ich die Klasse einer arabisch-israelischen Partnerschule der Friedrichsdorfer Philipp-Reis-Schule willkommen heißen. Besonders beeindruckend fand ich das großartige Engagement der dortigen Lehrkräfte um ein friedliches, gelbes Miteinander in einer von Konflikten gezeichneten Region. Außerdem belebt diese Schulkooperation den wichtigen Austausch zwischen dem Hochtaunuskreis und seiner Partnerregion in Israel, dem Gilboa Regional Council.



Auch in den nächsten Wochen und Monaten stehen viele spannende Begegnungen an, auf die ich mich schon sehr freue. •